

**Aktuelle Debatte:**

**Die Ökonomisierung der Bildung.**

**Quo vadis Universität?**

## Editorial

Bildung wird immer wichtiger um die zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. Diese Einschätzung teilen partei- und verbandspolitische Akteure wohl unabhängig von ihrer politischen Couleur oder ideologischen Ausrichtung. Mit dem Wandel von der Industrie- zur sog. Wissens- und Informationsgesellschaft würden Investitionen in *Humankapital* an Bedeutung gewinnen, um die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum *wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum* zu machen. Auf dieses Ziel einigten sich zumindest die Staats- und Regierungschefs der damaligen EU Mitgliedsländer in Lissabon im Jahr 2000. Triebfeder dieser Aktivitäten ist die Tatsache, dass sich Wirtschafts-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik allein unter (supra-)nationalstaatlichen Aspekten nicht mehr hinreichend beurteilen lassen (Bultmann 2004). Zur zentralen Bezugsfolie wird daher der internationale (Standort-)Wettbewerb. Da Wettbewerb aber immer auch objektivierbare Vergleichsmaßstäbe erfordert, anhand derer sich ein Gewinn oder eine Niederlage einschätzen lassen, erleben wir gegenwärtig einen Boom der Wissensbilanzen, der Evaluierungs- und Leistungskriterien, insbesondere an den öffentlich finanzierten Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Im »Idealfall« führt akademische oder betriebliche Forschung zu patentierbaren Erfindungen, die zumindest vorübergehend ein ökonomisches Verwertungsmonopol der daraus resultierenden Güter oder Dienstleistungen gegenüber möglichen »KonkurrentInnen« sichern. Aus dieser Perspektive sind Wissenschaft und Forschung demnach vor allem dann relevant, wenn sie sich kurz- bis mittelfristig als ökonomisch verwertbar darstellen. Bildung als langfristige Investition in »Humankapital« soll primär dafür sorgen, die Innovationsfähigkeit des betreffenden Wirtschaftsraums zu erhalten und zu erweitern.

Vor diesem Hintergrund finden gegenwärtig in allen kapitalistischen Industriestaaten ähnlich gerichtete Versuche einer »Modernisierung« der Bildungssysteme statt (Bultmann 2004). Im Zentrum dieses Debattenforums stehen der Umbau und die »Ökonomisierung« der Universitäten im deutschsprachigen Raum. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Bologna-Erklärung von 1999 handlungsleitend. Sie zielt auf eine freiwillige Annäherung der nationalen Hochschulsysteme ab, die bis 2010 in die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums münden soll. Die AutorInnen des Debattenforums richten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Frage, wie sich die angestrebte und teilweise bereits umgesetzte Substitution akademischer und demokratischer durch betriebswirtschaftliche Steuerungsprinzipien auf verschiedene universitäre Felder (Forschung, Personalstruktur, Hochschulmanagement) auswirkt. Während Thorsten Bultmann dabei den Abbau demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten zugunsten einer vermeintlichen Steigerung »wissenschaftlicher Effizienz« kritisch in den Blick nimmt, deutet Günter Hefler die reflexartige und heftige Reaktion auf die »Drohung« der Ökonomisierung auch als Ausdruck der eigenen, je spezifischen Situation der beteiligten Studierenden, ForscherInnen und Lehrenden. Dass (Arbeits-)Verhältnisse an der Universität, und gerade dort, auch sehr viel mit (Ohn-)Machtsverhältnissen gemeinsam haben, zeigt Eva Blimlinger anhand der Situation der (externen) LektorInnen in ihrem Beitrag.

*Günter Hefler und Susanne Pernicka*